



## Preiserhöhungen für ÖV-Nutzende sind unumgänglich

Die heute präsentierte Einigung bei den Billettpreisen zeigt einmal mehr, dass die Nutzerfinanzierung im öffentlichen Verkehr nicht ausreichend umgesetzt werden kann. Falls künftig nicht genügend zusätzliche Mittel durch die Bahnkunden generiert werden können, muss das bestehende Leistungsangebot infrage gestellt werden.

Der Preisüberwacher und der Verband öffentlicher Verkehr haben sich heute auf Preiserhöhungen für Bahnkunden von durchschnittlich 1,2 Prozent geeinigt. Die SBB hatten Preisanpassungen vorgeschlagen, die eine Erhöhung von durchschnittlich 1,5 Prozent zur Folge gehabt hätten. Angesichts der Teuerung von rund einem Prozent und der nach wie vor hohen Dienstleistungsqualität beim Personenverkehr wäre diese Erhöhung bereits sehr bescheiden gewesen. Jetzt fällt die sinnvolle Stärkung der Nutzerfinanzierung noch geringer aus.

Dabei wäre diese dringend nötig. Denn die Finanzmittel im öffentlichen Verkehr sind knapp. Der Bundesrat hat deshalb im Rahmen der Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) unter anderem vorgeschlagen, die Trassenpreise zu erhöhen. Er will damit die Nutzerfinanzierung stärken und rund einen Drittel der gemäss seinen Aussagen benötigten zusätzlichen Mittel für die Bahninfrastruktur generieren. economiessuisse begrüsst die verstärkte Nutzerfinanzierung im öffentlichen Verkehr ausdrücklich. Voraussetzung ist aber, dass die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs diese Mehrkosten auch an ihre Kunden weitergeben können.

Die heute kommunizierte Einigung zeigt erneut auf, dass dies im öffentlichen Personenverkehr nicht ausreichend möglich ist. Bahnreisende müssen sich aber auf deutlich höhere Preise einstellen, sofern nicht das bisherige Leistungsangebot

infrage gestellt werden soll. Der Güterschienenverkehr trägt schon heute hohe Kosten. Im Vergleich zum Personenverkehr erhält er aufgrund der Netzzugangspriorität schlechtere Trassen, beziehungsweise bezahlt für diese vergleichsweise einen zu hohen Preis. In Zukunft muss deshalb sichergestellt sein, dass Bahnunternehmen die Möglichkeit haben, auch bei den Kundinnen und Kunden des Personenverkehrs Preiserhöhungen durchzusetzen. Ein höherer Beitrag der Bahnnutzenden an die Infrastruktur ist beim Personenverkehr unerlässlich.